

Prof. em. Dr. Ulrich van Suntum

Stellungnahme zum Antrag der SPD-Fraktion im Landtag NRW vom 15.11.2022, DS 18/1692:

„NRW auf dem letzten Platz – nach katastrophalem Schrumpfen der Wirtschaft muss die Landesregierung mit aktiver Wirtschaftspolitik die Wende schaffen“

Zu Begründung und Diagnose

Der Antrag wird begründet mit den schlechten Wachstumszahlen NRW im Ländervergleich. Tatsächlich war NRW im dritten Quartal 2022 mit einem saison- und kalenderbereinigten BIP-Zuwachs von –2,8% gegenüber dem Vorquartal Schlusslicht unter allen Bundesländern.¹ Das ist allerdings keine neue Entwicklung, sondern es gilt seit vielen Jahren. So lag das durchschnittliche BIP-Wachstum NRW in den Jahren 1991 – 2021 bei lediglich 0,8%, verglichen mit 1,2% (also einem 50% höheren Wachstum) im Bundesdurchschnitt. NRW schnitt auch in diesem Vergleich mit Ausnahme des Saarlands und Bremens am schlechtesten von allen Bundesländern ab.² Das Land wurde in dieser Zeit überwiegend SPD-geführt regiert, ebenso ausnahmslos in den 25 Jahren zuvor.³ Auch in anderer Hinsicht (Bildung, Infrastruktur, Beschäftigtenentwicklung...) landet NRW seit vielen Jahren in entsprechenden Bundesländer-Rankings regelmäßig auf mittleren oder unteren Plätzen und schneidet insbesondere auch schlechter ab als vergleichbare Flächenländer wie Hessen oder Baden-Württemberg.⁴

Im Antrag wird als Ursache der schlechten Situation NRWs „die Kombination aus Energiekrise und unterlassener Hilfeleistung des Landes“ genannt. Die Energiekrise trifft tatsächlich industrielle Regionen besonders hart. Sie ist aber erst seit diesem Jahr akut und kann damit die seit Jahrzehnten andauernde unterdurchschnittliche Entwicklung NRWs nicht erklären. Das gleiche trifft auf die vorgeblich fehlende öffentliche Unterstützung von Unternehmen zu. Zum einen haben die Bürger und Unternehmen aller Bundesländer den gleichen Anspruch auf die umfangreichen Hilfsleistungen des Bundes und der EU. Die im Antrag als Beleg aufgeführte Insolvenz der Fa. Hakle wird von dieser auch nicht auf fehlende öffentliche Unterstützungsprogramme zurückgeführt, sondern auf deren verspätete Bewilligung.⁵ Zum anderen fehlte es gerade in NRW auch zuvor schon niemals an öffentlichen Subventionen, im Gegenteil. Kein anderes westliches Bundesland hat mehr öffentliche Mittel zur Umstrukturierung seiner Wirtschaft und zur Förderung altindustrieller Regionen erhalten bzw. eingesetzt. Dennoch haben vergleichbare Bundesländer wie insbesondere Hessen und Baden-Württemberg eine bessere wirtschaftliche Entwicklung genommen. Somit sind bereits die Diagnose und Ursachenbenennung im Antrag offenkundig unzutreffend. Sie werden auch nicht durch aussagekräftige Zahlen oder eine tiefere Analyse unterlegt.

¹ <https://www.ifo.de/pressemitteilung/2022-11-02/schleswig-holstein-beim-wachstum-vorn>

² <https://www.welt.de/finanzen/plus241255819/Wirtschaftswachstum-Ausgerechnet-die-Industrie-Bundeslaender-offenbaren-Deutschlands-Schwaeche.html>

³ https://de.wikipedia.org/wiki/Landesregierung_Nordrhein-Westfalen

⁴ Vgl. z.B. <https://bundeslaenderranking.de/>, <https://www.deutsche-handwerks-zeitung.de/bildungsmonitor-2022-das-sind-die-bundeslaender-mit-der-besten-bildung-254889/>, <https://www.spiegel.de/fotostrecke/bundeslaender-ranking-die-plaetze-eins-bis-16-fotostrecke-10514.html>

⁵ <https://www.rnd.de/wirtschaft/hakle-insolvenz-chef-von-toilettenpapierhersteller-macht-staat-mitverantwortlich-fuer-misere-H5ZNX2TMORD53GWFU444PM23JA.html>

Zur klimapolitischen Zielsetzung

Die Forderung einer „aktiven Wirtschaftspolitik“ als Ausweg aus der Krise wird im Antrag nicht überzeugend begründet. Es wird zwar zu recht verwiesen auf Probleme insbesondere energieintensiver Unternehmen und Betriebe, die in NRW besonders zahlreich vorhanden sind. Inwiefern diese aber durch (noch stärkeres) staatliches Eingreifen in unternehmerische Entscheidungen gelöst werden könnten, erschließt sich aus dem Antrag nicht. Insbesondere kann die Forderung, NRW solle „Vorreiter als klimaneutrales Land“ werden, nicht überzeugen. Zum einen ist die Klimaproblematik ein globales Problem, auf das schon Deutschland als Ganzes mit einem Anteil von lediglich 1,9% am anthropogenen CO₂-Ausstoß keinen nennenswerten Einfluss hat. Erst recht gilt das für ein einzelnes Bundesland, dessen Anteil an der gesamtdeutschen Wertschöpfung wiederum nur rd. 20% beträgt. Strittig ist auch, ob nicht Adaptionsmaßnahmen die besseren Klima-Investitionen wären als der womöglich aussichtslose Versuch der Mitigation, worauf auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in einem Sondergutachten zu Recht hingewiesen hat.⁶

Fraglich ist auch, ob der im Antrag verlangte schnellere Ausbau erneuerbarer Energien überhaupt zielführend ist. Sonne und Wind sind bekanntlich nicht grundlastfähig, sondern bedürfen entsprechender Reservekapazitäten in Form von konventioneller Energieerzeugung. Die komparativen Vorteile NRWs als Nicht-Küstenland mit einer langen Tradition der fossilen Energiegewinnung dürften eher in letzterem Bereich liegen. Auch bei der Zahl der Sonnenscheinstunden lag NRW 2021 auf dem letzten Platz aller Bundesländer.⁷ Das sind keine guten Voraussetzungen für den prioritären Einsatz von Wind- und Sonnenenergie.

Zu den Aufgaben und Grenzen öffentlicher Einflussnahme in einer Marktwirtschaft

Letztlich sind dies aber unternehmerische Entscheidungen, die in einer Marktwirtschaft aus gutem Grund nicht politisch vorgegeben sind. Dies zum einen deswegen, weil Ministerien und Bürokratien weder die Marktkenntnisse von Tausenden Unternehmen haben können noch letztlich das Investitionsrisiko tragen – teure Fehlentscheidungen sind damit vorprogrammiert. Zum anderen sollte man grundsätzlich niemals „alle Eier in einen Korb legen“. Dezentrale Investitionsentscheidungen mit entsprechender privater Haftung sind daher gerade bei langfristigen Zukunftsentscheidungen der staatlichen Vorgabe von „Zukunftsindustrien“ weit überlegen. Nicht zuletzt ist darauf hinzuweisen, dass der Zeithorizont von Politikern selten die Länge der jeweiligen Legislaturperiode - in NRW also fünf Jahre - übersteigt.

Aufgabe der Politik ist darum nicht die Lenkung von Einzelinvestitionen, sondern die Schaffung von guten Rahmenbedingungen für unternehmerische Entscheidungen. Dazu gehört insbesondere auch die Schaffung einer funktionierenden Infrastruktur. Hier gibt es in NRW in der Tat massive Probleme, beispielsweise im Verkehrssektor. Jahrzehntelange Versäumnisse beim Erhalt und Ausbau des Straßennetzes rächen sich jetzt in Form von Dauerstaus, erodierten Brückenbauwerken und

⁶ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Aufbruch zu einer neuen Klimapolitik, Sondergutachten, Wiesbaden 2019 ; ähnlich z.B. auch der weltweit anerkannte schwedische Meteorologe Bengtsson, <https://www.welt.de/wissenschaft/plus239362235/Lennart-Bengtsson-Wissen-ist-das-beste-Medikament-gegen-Klimaangst.html?cid=socialmedia.twitter.shared.web>

⁷ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/249925/umfrage/sonnenstunden-im-jahr-nach-bundeslaendern/#:~:text=im%20Jahr%202021%20zeigte%20sich,2021%20in%20Baden%20DW%C3%BCrttemberg%20gemessen.>

Baustellen allerorten. Etwa 171.000 Stunden gehen laut ADAC den Menschen in NRW durch Staus jährlich verloren, mehr als in jedem anderen Bundesland.⁸ Dazu hat auch eine ideologisch motivierte Politik gegen den Straßenverkehr beigetragen. Gerade eine industriell geprägte Wirtschaft ist auf gute und schnelle Transportwege angewiesen. Vorstellungen, einen Großteil der Güter und des Personenverkehrs auf die Bahn und den Berufsverkehr auf den ÖPNV umzulenken, sind trotz jahrzehntelanger Prioritätensetzung in dieser Richtung vollständig gescheitert.⁹ Die Bürger verlangen mehr Bushaltestellen, fahren dann aber doch weiter Auto. Viele Güter lassen sich auch gar nicht wirtschaftlich auf der Schiene transportieren, was die Politik jedoch nicht wahrhaben will. Die Folge sind endlose Lkw-Schlangen auf den Autobahnen mit entsprechenden Folgekosten. Im SPD-Antrag werden die Probleme in diesem Bereich indirekt auch eingeräumt, indem dort Sicherung und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur als dringender Handlungsbereich genannt werden. Hier gibt es in der Tat dringenden Handlungs- und auch grundsätzlichen Korrekturbedarf. Radwege und Lärmschutzwände haben sicher ihre Berechtigung, aber die für die wirtschaftliche Entwicklung NRWs wesentlichen Defizite liegen in anderen Bereichen.

Zu den wirtschaftspolitischen Forderungen

Die im Antrag genannten Lösungsansätze sind nicht zielführend. So ist die finanzielle Unterstützung von Unternehmen wg. der Corona- oder Energiekrise in erster Linie Aufgabe des Bundes und nicht einzelner Länder, da es sich um gesamtwirtschaftliche bzw. sogar globale Probleme handelt. Schon heute ist es schwer für die Unternehmen, den Überblick über die Vielzahl der Fördertöpfe und Instrumente zu behalten, was zu Fehlsteuerungen und womöglich unnötigen Insolvenzen führt.¹⁰ Wenn jedes Bundesland hier noch sein eigenes Süppchen kocht, nehmen diese Probleme eher zu als ab.

Gänzlich abwegig erscheint die Einrichtung eines landeseigenen, laut Antrag mit 30 Mrd. Euro ausgestatteten „Transformationsfonds“. Dem steht zum einen die ohnehin angespannte Finanzlage des Landes entgegen. NRW ist mit knapp 190 Mrd. Euro das mit Abstand höchstverschuldete Bundesland.¹¹ Auch bei den Schulden pro Einwohner liegt NRW mit 10.664 Euro deutlich über dem Durchschnitt der westlichen Flächenländer. Der vorgeschlagene Fonds wäre zudem ein weiterer fragwürdiger Schattenhaushalt, der dem verfassungsrechtlichen Grundsatz der Einheit des Haushalts (Art. 110 Abs.1 Satz 1) widerspricht. Der Bundesrechnungshof hat dieses auch im Bund und in der EU immer stärker um sich greifende Gebaren regelmäßig und auch in seinem jüngsten Bericht erneut scharf kritisiert.¹²

Auch die grundsätzliche Idee des Fonds ist nicht überzeugend. Zum einen steht es dem Staat weder an noch ist er in der Lage, „Zukunftsinvestitionen“ zu definieren. (Auch die „friedliche Nutzung der Kernenergie“ wurde einmal als solche gefördert und ist heute bei den gleichen Parteien verpönt, wenn auch zu Unrecht, wie namhafte Wissenschaftler sagen)¹³. Zum anderen stellt sich die Frage,

⁸ https://www.wz.de/nrw/nrw-ist-staueiland-nummer-1-und-bleibt-es_aid-48806507

⁹ Vgl. dazu näher U. van Suntum, Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Automobilindustrie und Mobilität, In: Maus, W. (eds) Zukünftige Kraftstoffe. ATZ/MTZ-Fachbuch. Springer Vieweg, Berlin, Heidelberg. https://doi.org/10.1007/978-3-662-58006-6_5

¹⁰ Vgl. dazu etwa <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wie-die-buerokratie-subventionen-der-bundesregierung-gefangen-haelt-16852323.html>

¹¹ https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/06/PD22_271_713.html

¹² Bundesrechnungshof, Bemerkungen zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes 2022, Bonn, 6.12.22, S. 53 ff.

¹³ Vgl. die „Stuttgarter Erklärung“ von 20 Professoren der Natur-, Technik- und Wirtschaftswissenschaften, <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus240141115/Stuttgarter-Erklaerung-Wissenschaftler-fordern->

warum private Investoren über den Fonds in Projekte investieren sollten, denen sie über den normalen Kapitalmarkt ihr Geld nicht zur Verfügung stellen würden. Der Antrag gibt dazu keinerlei Hinweis. Unternehmen, welche „in der sozial-ökologischen Transformation auf neue Geschäftsmodelle, neue Energieträger oder eine kreislaufforientierte Produktion umsatteln“ wollen, können dies schließlich auch heute schon tun. Sollte es gute Gründe für die Annahme geben, dass beispielsweise bisher zu unökologisch produziert wird, so wären entsprechende Anreize oder notfalls auch Vorgaben für alle Unternehmen angezeigt, nicht aber selektive Investitionslenkung durch einen staatlichen Fonds.

Positiver zu beurteilen ist die Forderung nach einem langfristigen Konzept für eine sichere und kostengünstige Energieversorgung in NRW. Jedoch sollte dies ergebnisoffen in Angriff genommen werden, statt bereits am Anfang das politisch gewünschte Ergebnis vorzugeben, wie es im Antrag der Fall ist („Windkraft, Solarenergie und als Energiespeicher grüner Wasserstoff“). Die im Antrag genannten Ziele („bezahlbare, grundlastfähige und erneuerbare Energieversorgung“) stehen zudem teilweise im Konflikt miteinander, was entsprechende Abwägungen erfordert. So sind die erneuerbaren Energien eben überwiegend nicht grundlastfähig, schaffen neue Abhängigkeiten (etwa von Halbleitern und seltenen Erden, die zu 90% aus China bezogen werden müssen), und sind zudem auch oft teurer als andere Energieträger, insbesondere als die Kernenergie.¹⁴ Von daher verbietet sich eine Vorfestlegung auf bestimmte Technologien, zumal der Wettbewerb künftig möglicherweise noch ganz andere Alternativen hervorbringen wird.

Auch aus ökologischer Sicht kann die einseitige Festlegung auf die Verwendung von erneuerbaren Energien nicht überzeugen. So kostet die Einsparung einer Tonne CO₂ in der Industrie hierzulande etwa zehnmal so viel wie in China, wo zudem knapp ein Drittel aller CO₂-Emissionen erfolgt (mit steigender Tendenz). In anderen Ländern ist die CO₂-Einsparung noch weitaus billiger und damit effizienter, worauf der Sachverständigenrat in seinem Sondergutachten 2019 hingewiesen hat.¹⁵ Statt mit immensem Kostenaufwand hierzulande noch die letzte Tonne CO₂ eliminieren zu wollen, könnte man ökologisch mit dem gleichen Kostenaufwand in anderen Ländern viel mehr erreichen.¹⁶

Auch die Hoffnung, als Technologie-Vorreiter künftig viel Geld mit entsprechenden Exporten zu verdienen, erfüllt sich vielfach nicht. Wenn diese Technologien überhaupt von anderen Ländern genutzt werden, werden sie über kurz oder lang aus Kostengründen vielfach nicht mehr in Deutschland, sondern in China oder anderen fernöstlichen Ländern produziert.¹⁷ Der im Antrag geforderte Fonds unterliegt ähnlichen Gefahren, selbst im günstigen Fall, dass dabei marktreife Zukunftsprodukte entstehen sollten. Wenn die Politik den Wirtschaftsstandort NRW stärken will, sollte sie sich daher auf ihre eigentlichen Aufgaben konzentrieren, insbesondere auf Bildung, Infrastruktur und gute Investitionsbedingungen. In dieser Hinsicht gibt es in NRW in der Tat erheblichen Handlungsbedarf.

[Ausstieg-vom-Atomausstieg.html](#) Vgl. auch Roland Berger, Clemens Fuest, Hans-Werner Sinn, Christoph Theis und Peter-Alexander Wacker, Wohlstand in Gefahr: Für eine neue Strategie in der Energiepolitik, ifo-schnelldienst 12/22

¹⁴ Vgl. dazu z.B. <https://www.tech-for-future.de/kosten-kwh/>

¹⁵ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Aufbruch zu einer neuen Klimapolitik, Sondergutachten, Wiesbaden 2019, S. 62.

¹⁶ Vgl. zu entsprechenden Ideen z.B. Kornek, U., Edenhofer, O., 2020, The strategic dimension of financing global public goods, European Economic Review; van Suntum, Ulrich (2021): The Global Protection Organisation (GPO) – A Proposal to Improve the Handling of Global Challenges., Journal of Applied Economic Studies Issue 72/2021, 207-221; ders. Global climate fund for a more efficient CO₂ reduction, <https://miwi-institut.de/archives/1325>;

¹⁷ Vgl. dazu z.B. <https://www.rnd.de/wirtschaft/windkraft-wie-billig-konkurrenz-aus-china-die-deutsche-industrie-bedroht-TXVLPZXE2ZAHFKZSSRJSXDKCMI.html>